

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 30

Ersteinst. Sonntag.
Bezugspreis monatlich 10 Pf. Nur Postbezug.
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 27. Juli 1924

Geschäftsstelle: Berlin G. 2, Breitenstr. 89 IV.
Fernruf: Dierfur 5529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Unser Jahresbericht.

„Eines der schwärzesten Jahre in der Geschichte des deutschen Volkes liegt hinter uns. Was der Krieg und die Nachkriegsjahre der großen Masse des wertvollen Volkes noch an materiellen Gütern gelassen hatten, hat das unheilvolle Jahr 1923 ihm vollends genommen. Verräteram im wahren Sinne des Wortes ist insbesondere die Arbeiterschaft geworden in diesem Jahr des restlosen Zusammenbruchs der deutschen Währung.“

Mit diesen die ganze Situation des Jahres trefflich kennzeichnenden Worten beginnt der soeben erschienenen Jahresbericht des Verbandsvorstandes. Und was er in seinem ganzen Inhalt bringt, ist eine überreiche Fülle an geschichtlichen Dokumenten / dafür, welche uns die ganze Tragödie des Jahres noch einmal zusammenfassend wieder in Erinnerung rufen. Dieser eingehende Rückblick, die dokumentarischen Unterlagen für die geschichtliche Entwicklung des Jahres, erscheint um so notwendiger, da selbst uns, die wir das alles selbst in seinen ganzen erschütternden Auswirkungen durchgemacht und miterlebt haben, vieles in der aufregenden und schnelllebigen Zeit aus der Erinnerung geschwunden ist und nur noch wie ein böser Traum aus längst vergangener Zeit in uns ruht. Sicherlich wird dieser Jahresbericht nicht bloß jetzt, sondern noch nach Jahren das lebhafteste Interesse und Erlaunen sowohl unserer Arbeiterschaft, wie auch aller Wirtschaftspolitiker und Kulturhistoriker hervorrufen.

Nur ein erfreuliches Bild zeigt sich in der ganzen Tragödie: die Tatsache, daß die Gewerkschaften diesen ungeheuren Stürmen siegreich widerstehen konnten und, wenn auch erheblich geschwächt, so doch kämpferisch und hoffnungsvoll wieder in die Zukunft blicken können.

Einen ungefähren Ueberblick über die zu bewältigenden gewerkschaftlichen Aufgaben des Jahres gibt uns speziell das Kapitel über Lohnbewegungen und Lohnentwicklung, die ja die Haupttätigkeit jeder gewerkschaftlichen Organisation sind. In dem vergangenen Jahr war es aber so, daß für die vielen anderen gewerkschaftlichen und kulturellen Aufgaben so gut wie überhaupt keine Zeit und Mittel mehr vorhanden waren; ja noch mehr: daß selbst bloß für die Lohnbewegungen alle Kräfte des Verbandes angespannt wurden und dennoch vielfach selbst dazu nicht mehr ausreichten. Eine kleine Vorstellung von der gewaltigen Tätigkeit der Tarifunterhändler bekommt man, wenn man im Bericht liest, daß allein die Reichstabelle jeder zirka 30 Lohnverhandlungen erforderte. Dazu kamen dann noch Verhandlungen und Schiedsprüfung bei den Schlichtungsinstanzen usw., so daß für die 63 bestehenden Tarife sich insgesamt fast 1300 Lohnbewegungen notwendig machten. Der Api-Vertrag erforderte 27 Lohnverhandlungen und brachte 36 verschiedene Löhne für das Jahr; für die Kartonnagenindustrie wurden 29 Lohnverhandlungen geführt, die sogar 41 verschiedene Lohnsätze ergaben.

Welche katastrophale Entwicklung in der Geldentwicklung eintrat, zeigt sich darin, daß die Api-Spitzenlöhne folgende Entwicklung nahmen: Sie betragen pro Stunde in der Ortsklasse I

	für Gehilfen	gebildete Arbeiterin
am 2. Januar 1923	376,50 M.	224 M.
„ 1. April „	1 404, — „	841 „
„ 1. Juli „	6 895, — „	4 310 „
„ 1. August „	31 080, — „	10 430 „

	für Gehilfen	gebildete Arbeiterin
am 1. Sept. 1923	1 078 000, — M.	674 000 M.
„ 1. Oktober „	30 Millionen „	18,75 Mill. „
„ 1. Nov. „	14 Milliarden „	8,15 Mill. „
„ 1. Dez. „	52 Goldpf. „	29,9 Goldpf. „

Wesentlich war die Entwicklung in der Kartonnagenindustrie, wo die Spitzenlöhne der Facharbeiter von 360 M. pro Stunde am Anfang des Jahres auf 408 Milliarden Papiermark für die Zeit vom 19. bis 25. November stiegen und von da an bis zum Jahreschluss 50 Goldpfennig betrugen. Die Löhne der geübten Arbeiterinnen stiegen in der gleichen Zeit von 210 M. auf 259,2 Milliarden Papiermark und wurden am 26. November auf 31,5 Goldpfennig festgesetzt.

Welches Elend sich aber hinter diesen gewaltigen Zahlen verbirgt, zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit eine weitere Tabelle, in der die Api- und Kartonnagen-Papiermarklöhne auf ihren Goldmarkwert umgerechnet sind. Wir sehen da, daß der wahre Wert der Löhne sowohl für Buchbindergehilfen wie für die Facharbeiter der Kartonnagenindustrie wochenlang unter 10 Goldpfennig in der Spitze betrug und der Api-Spitzenlohn seinen Tiefstand am 10. August mit 2,7 Goldpfennig für Gehilfen und 1,7 Goldpfennig für geübte Arbeiterinnen erreichte; während derselbe bei den Kartonnagenarbeitern am 12. Oktober mit 5,4 bzw. 3,4 Goldpfennig seinen Tiefstand fand.

Das sind erschütternde Zahlen und lassen nur ahnen, welches Elend sich dahinter verbarg. Aber das Anzulangische des Erreichens ist auch niemand besser bewußt gewesen, wie der Organisationsleitung und den Tarifunterhändlern selbst. Wenn sie dennoch solche Lohnabschlüsse eingehen mußten, so geschah es lediglich unter dem bitteren Zwange der Verhältnisse und in der sicheren Erkenntnis, daß auf anderem Wege kein besseres Resultat zu erreichen war. Zufriedenheit haben daher diese Lohnabschlüsse bei unseren Unterhändlern selten oder gar nicht ausgelöst. Aber das eine ist gewiß, daß sie stets das Menschlichste zu erreichen suchten und daß es zweifellos weit trauriger um die ganzen Arbeits- und Lohnverhältnisse bestellt gewesen wäre, wenn die Gewerkschaften nicht mit ihrer immerhin noch achtunggebietenden Macht hinter der Arbeiterschaft ständen.

Nicht wenig wurde die gewerkschaftliche Aktionskraft durch die mit der großen Inflation immer stärker einsetzende Krise gelähmt. Während beispielsweise im Januar nur 4,3 Proz. völlig Arbeitslose und 17,7 Proz. Kurzarbeiter vorhanden waren, stiegen ihre Zahlen bereits im März auf 9,8 bzw. 30,7 Prozent, also das Doppelte vom Januar. Dann trat zwar noch den Sommer über wieder eine Besserung ein, doch ging es dann vom September ab lawinenartig abwärts, so daß am Jahreschluss drei Viertel der Mitglieder durch völlige oder teilweise Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft gezogen worden war. Insbesondere machte sich hierbei die Stilllegung der Rotenpresse stark fühlbar.

Als eine gewissermaßen natürliche Folge der Krise und insbesondere der Einstellung des Rotendruckes trat dann Ende des Jahres auch eine erhebliche Abnahme der Mitglieder ein. Während wir Anfang des Jahres noch 95 136 Mitglieder hatten und das 3. Quartal mit 90 590 abschloß, sank ihr Bestand am Schlusse des Jahres auf 54 494. Insbesondere

stark war der Rückgang bei den weiblichen Mitgliedern von 69 500 auf 36 500, was aber ebenfalls und ganz besonders auf die Stilllegung des Rotendruckes zurückzuführen ist, da viele dieser Arbeiterinnen ihren Beruf wechseln mußten.

Der Kassenbericht, sonst mit der wichtigste Teil des Berichtes, hat diesmal mit seinen grotesken Zahlen eigentlich nur noch historischen Wert. Die Beiträge waren zwar entsprechend den Verbandstags- und Beiratsbeschlüssen den jeweiligen Stundenlöhnen angepaßt und stiegen von 435 M. am Anfang des Jahres bis auf 600 Milliarden Papiermark am 18. November, doch sank ihr tatsächlicher Wert bei der oft allzu späten Ueberführung an die Verbandskasse, besonders in den letzten Monaten des Jahres, auf den Nullpunkt herab. Bei der großen Finanzkatastrophe erging es dann schließlich unserer Verbandskasse, wie denen aller Organisationen: ihr jahrzehntelang mühsam aufgepartes Vermögen zerfiel unter der gewaltigen Inflation in nichts zusammen. Und hätte in dieser kritischen Zeit nicht die internationale Solidarität unserer ausländischen Bruderorganisationen sich so vortrefflich bewährt, so wäre das Schlimmste zu befürchten gewesen. Ihrem Opferinn gibt es also in erster Linie das Verdienst, unsere Organisation über die schlimmsten Räte hinweggebracht zu haben.

Erst mit der Herausgabe des wertbeständigen Geldes war es dann möglich, an den finanziellen Wiederaufbau heranzugehen. Vom 2. Dezember ab konnten an Stelle der bisherigen Papiermarkbeiträge in den sechs neuen Beitragsklassen Goldpfennigbeiträge festgesetzt werden und geht es seit dieser Zeit nun wieder ständig aufwärts. Allerdings bleibt noch ein großes Stück Arbeit übrig, um die Organisation wieder auf die Höhe und zu der finanziellen Stärke der Vorkriegszeit zu bringen.

Dies ist aber dringend notwendig angesichts der großen Gefahren und Kämpfe, vor denen die deutsche Arbeiterschaft steht. Immer dreister und fühner erhebt das Unternehmertum sein Haupt; immer größer werden ihre Wünsche in bezug auf Rechtslosmachung der Arbeiterschaft. Die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft, der Ausfall der Reichstagswahl am 4. Mai u. ä. hat ihren Mut erhöht. Und wehe den Arbeitern, wenn sie angesichts der immer deutlicher in Erscheinung tretenden großen Gefahren nicht wieder in Massen sich ihrer Organisation anschließen, an ihrer Kräftigung mitwirken, um so den kommenden Kämpfen gerüstet gegenüberzutreten.

Nur der feste Zusammenschluß in der Organisation und deren finanzielle Kräftigung kann uns wieder vorwärtsbringen. Drum wirke jeder in diesem Sinne, ehe es zu spät ist.

Entscheidungen zu unseren Reichstabelle-Verträgen.

Entscheidungen des Tarifamts für die Kartonnagenindustrie.

Eisenach, den 16. Juni 1924.

Streitfall 24. Von der Gauverwaltung Thüringen des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands wird unter Anlehnung an das unter dem 7. April ergangene Urteil des Obergerichtes in Sachen des Tarifstreites in S. erneut Klage erhoben, nach welcher die im Bezirk S. tätigen männlichen Arbeiter noch immer nicht den Lohn als Facharbeiter erhalten, sondern nach wie vor als Hilfsarbeiter entlohnt werden.

Entscheidung.

Das Oberschiedsgericht sieht sich auf Grund der beiderseitig gemachten Darlegungen außerstande, einen Schiedspruch zu fällen. Es erklärt für zweckmäßig, daß durch je einen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an Orte gemeinsam eine Prüfung vorgenommen wird, wobei die beiderseitigen Vertreter bevollmächtigt sein sollen, eine Vereinbarung zu treffen. Sofern auch in diesem Falle eine Verständigung nicht zu ermöglichen ist, ist das Ergebnis der Prüfung dem Oberschiedsgericht vorzutragen.

Streitfall 25. Die Mitglieder des Arbeitnehmerverbandes in Berlin führen Klage darüber, daß die Arbeitgeber sich weigern, die im Mantelvertrag vorgesehene Sonderzulage für Maschinenarbeiterinnen zu zahlen.

Entscheidung

Maschinenarbeiterinnen im Sinne der Ziffer 77 des bisherigen Mantelvertrages sind solche Arbeiterinnen, die die betreffende Maschine bedienen. Als Maschinen gelten nicht Anlein- und Rändelapparate.

Die Entscheidung über die von Arbeitgeberseite angeregte Frage über die Höhe der nach Ziffer 77 zu entrichtenden Zulage (3 Proz. bzw. 5 Proz.) wurde zurückgestellt, da ein diesbezüglicher schriftlicher Antrag nicht vorlag.

Apatari.

Der bisherige Reichsstärk für das deutsche Buchbindergewerbe, abgeschlossen mit dem Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen (Api) ist unter dem 16. Juli von den gegenwärtigen Vertragsparteien unverändert bis zum 1. Oktober 1924 verlängert worden.

In bezug auf die Löhne wurde vereinbart, daß die bis zum 2. Juli gültigen Lohnsätze für die Zeit bis zum 13. August weiter gelten sollen.

Mit dem Deutschen Buchdruckerverein wurde vereinbart, daß die bisherigen Löhne bis zum 13. August unverändert verlängert werden.

Die Arbeiterinternationale zum europäischen Frieden.

Zu den gegenwärtig im Vordergrund allen Interesses stehenden beiden Fragen, dem Reparationsproblem wie der Beseitigung des Achtstundentages, haben auch der Internationale Gewerkschaftsbund Amsterdam sowie die Sozialistische Arbeiterinternationale London am 14. Juli in einer gemeinsamen Konferenz in Amsterdam Stellung genommen. Dabei stellte die Konferenz u. a. fest, daß der Plan der Sachverständigen zwar gewisse Ansätze zur Lösung des Problems im Sinne der ersten beiden Forderungen enthält, daß er aber leider keine Endsumme nennt. Sie wies ferner darauf hin, daß der Plan der Sachverständigen das Reparationsproblem in der Weise zu lösen sucht, daß er der deutschen Arbeiterklasse verhältnismäßig ungleich schwerere Lasten auferlegt als den kapitalistischen Klassen Deutschlands und die Deutsche Reichs-Eisenbahnerverwaltung kapitalistischen Einflüssen des Auslandes aussetzt.

Sie erklärt daher, daß es aus diesem Grunde unmöglich ist, diese Lösung als eine den Forderungen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Internationale entsprechende anzusehen.

Indes, trotz aller Mängel und Fehler des Sachverständigenrats würde ein Scheitern der gegenwärtigen Aktion nichts Besseres an seine Stelle setzen, sondern im Gegenteil die Krise Europas auf das schlimmste verschärfen. Unter diesen Umständen ist die Durchführung des Sachverständigenplanes heute die einzige unmittelbar mögliche Lösung.

Die Konferenz betont weiter die Notwendigkeit der unverzüglichen Ratifikation des Abkommens von Washington über den Achtstundentag in allen Ländern. Sie nimmt zur Kenntnis, daß der Sachverständigenplan seinem Sinne nach jeden Angriff auf den Achtstundentag in Deutschland ausschließt und erwartet, daß gemäß dem einstimmigen Beschluß der Arbeitergruppe auf der jüngsten

Internationalen Arbeitskonferenz in Genf das Internationale Arbeitsamt seine Bemühungen für die Sicherung des Achtstundentages fortsetzt.

Vor allem aber fordert die Konferenz, daß der Sachverständigenplan sobald als irgend möglich ergänzt werde durch Maßnahmen, die der Resolution der Frankfurter Fünfländerkonferenz in allen Punkten Rechnung tragen.

Die Sekretäre der beiden internationalen Organisationen wurden beauftragt, die nötigen Vereinbarungen zu treffen, um bald eine neuerliche gemeinsame Sitzung einzuberufen, in der insbesondere die Frage der Garantieverträge erörtert werden soll.

Die große Mission der Gewerkschaften.

In dem zweiten Heft des von Karl Zwing in Bern herausgegebenen „Gewerkschafts-Archivs“ bringt derselbe eine interessante geschichtliche und prinzipielle Studie vom Wesen, der Entwicklung und Bedeutung der Gewerkschaftsinternationale, von der wir die Schlussfolgerungen über „Rückblick und Ausblick“ nachstehend nollinhaltlich wiedergeben.

„Der Weltkrieg hat eine gewaltige Umschichtung aller gesellschaftlichen Verhältnisse in der gesamten bekannten Kulturwelt eingeleitet. Alles ist hier seit zehn Jahren in größerem und lebhafterem Fluss und Bewegung als je zuvor. Die Wirtschaft ringt um neue Formen und sucht nach neuen Inhalten. Der Kapitalismus hat während seiner — weltgeschichtlich gesehen — kurzen Lebensdauer schon oft sein Wesen und seine Ausdrucksformen geändert. Aber immer war dies urreizigste Angelegenheit des Kapitalismus selbst, und die Arbeit war hier nur Objekt. Die jehige durchlebte soziale Bewegung ist aber so stark und von solchen Ausmaßen wie nie zuvor. Mit der Entwicklung des Kapitalismus ist die Bedeutung der Arbeit innerhalb des kapitalistischen Systems ungeheuer gewachsen. Und das kapitalistische System wird erst dann die geuchte Ordnung finden können, wenn es den Faktor Arbeit in seiner Bedeutung erkennt und anerkennt. Der Kapitalismus ist trotz aller Ausbildung nicht mehr stark genug, die Ordnung in nationaler Wirtschaft und in der Weltwirtschaft bei Ignorierung der Arbeit ordnen zu können. Diese geschichtliche Stellung der Arbeit wird leider auch von den Faktoren der Arbeit noch nicht immer voll in seiner großen Bedeutung erkannt.“

Die Welle gesellschaftlicher Entwicklung erhielt im Geschichtsverlauf ihre Antriebe bald von der Politik und dann wieder von der Oekonomie aus. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat gezeigt, daß Gegenwart und nächste Zukunft gesellschaftsbildend unter dem Druck und dem Einfluß der Oekonomie stehen werden. Die Politik tritt hierbei in den Hintergrund, zeigt sich nicht gesellschaftlich willensbildend, sondern wird mehr zum Vollstrecker der willensbildenden Oekonomie, rückt also in ihrem Einfluß zur Entwicklung der Gesamtgesellschaft an die zweite Stelle. Daran ändert auch nichts, daß die Politik äußerlich, da sie geräuschvoller auftritt, als es bei der Oekonomie der Fall ist, den Schein wahrer, erste willensbildende Kraft in der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung zu sein. Diese Tendenzen geben den Gewerkschaften und ihren großen Kongressen ihre überragende Bedeutung. Und der Internationale Gewerkschaftsbund und die Internationale Gewerkschaftskongresse zeigen sich daher heute als ganz andere Repräsentanten der Arbeit als zu der Zeit, wo sie innerhalb der allgemeinen Arbeiter- und Sozialistenkongresse aufgingen oder in Gewerkschaftskonferenzen ihre von der Politik wenig beachteten — gesamtgesellschaftlich gesehen — kleinen Berufsfragen ordneten. Die Gewerkschaften sind auf dem Wege, heute zu den Elementen der Gesellschaft zu werden, zu denen sie Karl Marx in seinem großen geistigen Schwung, der Zeit weit vorausseilend, in der Internationalen Arbeiterassoziation bestimmt hatte.

Heute sehen wir, daß Zeit und Menschen der damaligen Epoche noch nicht reif für die ihnen zuge dachte Mission waren. Heute sehen wir auch, daß trotz dieser Niederlagen die Arbeit in dieser Epoche immer bedeutsamer in der Gesellschaft wurde. Wir sehen aber auch, daß das Bürgertum seine beiden großen Privilegien „Politik“ und „Wirtschaft“ nicht zusammen mehr behaupten konnte. Nach dem Gesetz des Vordringens nach der Stelle des geringsten Widerstandes lag die Einbruchsstelle bei der Politik

„Politik“. Und so war die Zeit seit der Internationalen Arbeiterassoziation bis zum Kriegsende die Zeit der großen politischen Kämpfe um die Gleichberechtigung in der Politik, denen gegenüber die wirtschaftlichen Kämpfe nur nebenher gingen. Da, ein wirklicher Angriff der Arbeit um Gleichberechtigung in der Wirtschaft ist überhaupt während dieser Zeit nicht geführt worden. Und diese nahezu 50jährigen Kämpfe und sonstigen Vorbereitungen zur Erringung der politischen Ebenbürtigkeit endigten 1918 bei Stimmzettel und formaler Demokratie.

Es wäre trübsalig, die Wichtigkeit des Besitzes formaler politischer Demokratie nur irgend zu unterschätzen. Aber alle diejenigen, die in den jahrzehntelangen Kämpfen nur eine Festung „Politik“ sahen und nach Fall dieser Festung an wirkliche gesellschaftliche Demokratie glaubten, mußten aufs bitterste enttäuscht werden. Alle diese enttäuschten Kämpfermassen hatten die hinter der Festung „Politik“ liegende viel stärkere und festeren Bastion „Privileg in der Wirtschaft“ übersehen.

Um diese Festung und die Beseitigung dieser Privilegien gehen die Kämpfe der Gegenwart und Zukunft. Erst wenn diese Kämpfe abgeschlossen sind, wenn die Festung „Privilegierte Wirtschaft“ genommen und geschleift ist, ist die Ebenbürtigkeit in der Oekonomie herbeigeführt; und dann erst wird die formale politische Demokratie in der politisch-wirtschaftlichen, d. h. einer gesamtgesellschaftlichen Demokratie voll zur Geltung kommen. Aus diesem Gesichtswinkel heraus die Verhältnisse gesehen, bekommen die Kämpfe der Arbeit, die internationalen Kongresse der Arbeit und ihre internationalen Vereinbarungen ihre allergrößte Bedeutung für die weitere gesamtgesellschaftliche Entwicklung der Menschheit. Unter diesen Umständen ist schon heute klar zu sehen, daß die internationalen Gewerkschaftskongresse in Anbetracht der von ihnen zu lösenden größeren internationalen Probleme von viel mächtigerer und einschneidender Bedeutung auf die gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse sein werden, als es die internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresse je gewesen sind. Der Kampf um die Ebenbürtigkeit in der Wirtschaft wird sich viel internationaler gestalten, als es der Kampf um politische Gleichberechtigung war. Das Gleichgewicht in Europa konnte durchaus nicht erschüttert werden, daß neben vorgeschrittener politischer Demokratie in einigen anderen Ländern noch krasse politische Bevormundung herrschte. Die politische Ordnung war ohne Erschütterung auch national zu regeln. Die Wirtschaft ist demgegenüber viel internationaler. Die Probleme der Wirtschaft müssen in Anbetracht der jetzt schon vorhandenen internationalen Wirtschaftsverflechtung und des „Aufeinander-Angewiesenseins“ der einzelnen nationalen Oekonomien in ihren Hauptproblemen in breiter internationaler Front angegriffen werden.“

Der internationale Antikriegstag

am 21. September, an dem fast das gesamte Proletariat der Welt teilnehmen wird, soll eine wichtige Gegendemonstration gegen die gewissenlose Kriegsbege werden. Es ist deshalb Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, hier geschlossen zusammenzutreten. Denn sie war und ist stets der leidtragende Teil bei allen Kriegen. Der Antikriegstag wird diesmal von den einzelnen Ländern selbstständig geregelt.

In Belgien wird der Antikriegstag von Gewerkschaften und Partei gemeinsam veranstaltet. Zum Vertrieb am Demonstrationslag sind Abzeichen in Form eines Anstecknoppes angefertigt worden, die eine ein Gewehr zerfallende Frauengestalt zeigen und entweder in französischer oder flämischer Sprache die Aufschrift tragen: ICB. Antikriegstag 1924.

Deutschland hat als Propagandamittel dafür 10.000 Antikriegsplakate mit einem Bild von Käthe Kollwitz herstellen lassen, die den Ortsverwaltungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden sind. Die Arbeiterjugend hat 150.000 Karten der selben Zeichnung anfertigen lassen, die am 21. September zum Verkauf gelangen sollen.

In Holland veranstalten Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei gemeinsam in zehn großen, in den verschiedenen Gegenden des Landes gelegenen Städten Kundendemonstrationen. Da in Holland fast jedermann ein Fahrrad besitzt, macht es keine Schwierigkeiten, die Arbeiter an einzelnen Orten zusammen-

Am 26. Juli ist der 31. Wochenbeitrag für die Woche vom 27. Juli bis 2. August fällig.

zuziehen. In verschiedenen Orten haben sich bereits Gesellschaften gebildet, um gemeinsam mit der Bahn oder dem Rade nach den Demonstrationsorten zu fahren. Die Arbeiter werden in einem gemeinsamen Aufzug von Gewerkschaftszentralen und Parteileitung aufgefordert, diesem Beispiele zu folgen. Diese Züge durchs Land werden an sich eine gute Demonstration sein.

Zur Unterstützung der Propaganda hat der IGB drei verschiedene Antikriegsarten mit Zeichnungen des Franzosen Steinlen, der Deutschen Käthe Kollwitz und des Holländers Niek herausgebracht, die bereits jetzt durch die Arbeiterorganisationen in den einzelnen Ländern bezogen werden können.

Auch die ersten Tage des August werden zur Erinnerung an die zehnjährige Wiederkehr des Tages des größten Verbrechens an der Menschheit und Kultur zu mächtigen Kundgebungen benutzt werden, an denen die Arbeiterschaft sich ebenfalls zahlreich beteiligen sollte.

Preßvergoldung auf kaltem Wege.

In einem Fachblatt lasen wir von dieser Erfindung unseres Kollegen Dueseleit. Da wir überzeugt sind, daß dieselbe auch in unseren Kollegenkreisen großes Interesse erregen wird, haben wir Kollegen Du. gebeten, sich kurz hierüber zu äußern, was in den nachfolgenden Zeilen geschieht. Die uns überlieferten, auf verschiedenem Material ausgeführten Pressungen wirkten tatsächlich überraschend. Eine genaue Anleitung, für die sich mancher Presser inoffiziell dürfte, versendet der Erfinder gegen Einlösung von 1 Mt.

Die Heißprägung und ihre Nachteile besonders bei Sortimentsprägungen sind überall bekannt, und ziemlich zahlreich sind die verschiedenen Versuche gewesen, eine Preßvergoldung auf kaltem Wege zu vollziehen. Wenn bis jetzt nennbare Erfolge nicht zu verzeichnen waren, so deshalb, weil die Vorbedingungen zu einer Kaltprägung fehlten. Eine Kaltprägung auf kaltem Wege muß alle diejenigen Eigenschaften aufweisen, welche die Heißprägung besitzt, also eine unbegrenzte Haltbarkeit und Hochglanz bei Vergoldung. Der durch die Kaltprägung bedingte schnellere Arbeitsgang, falls für die Vorbereitungen keine großen Mittel angewandt werden brauchen, stellte schon an und für sich die Kaltprägung als rentabel hin. Nicht durch einen Zufall, sondern auf Grund eines gründlichen Studiums der Prägetechnik ist es mir nun gelungen, durch ein verblüffend einfaches Verfahren der Vergoldung auf kaltem Wege die Bahn zu öffnen. Ausführbar ist sie nur allein mit den überall bekannten Deser-Folien. Die Vergoldung kann auf fast alle Einbandmaterialien hergestellt werden, welche nur in Frage kommen und welche die Vorbedingung einer Kaltprägung besitzen. Neben der Ersparnis des Heizmaterials ist die Kaltprägung in der Hälfte, bei kleinen Sortimentsprägungen in noch geringerer Zeit herzustellen. Ferner kann man zum Prägen auch Stereotypplatten, Galvanos usw. verwenden, ist also nicht mehr allein auf das Messingmaterial angewiesen. Die Arbeit selbst vollzieht sich so denkbar einfach, daß jeder Kollege, auch derjenige, welcher bis jetzt noch an keiner Presse gearbeitet hat, eine exakte Vergoldung vollziehen kann. Selbstverständlich wird die Kaltprägung die Heißprägung nicht verdrängen, schon aus dem einen Grunde, weil sie sich nur mit Deser-Folie ausführen läßt, dann aber auch deshalb, weil nicht restlos alles Material kalt geprägt werden kann. Aber in 9 von 10 Fällen wird man Kaltprägung anwenden können, und so hat sie volle Berechtigung, neben der Heißprägung einherzugehen.

Die Methode der Kaltprägung ist von mir in zweijähriger Praxis erprobt und wenn ich mich damit in die Öffentlichkeit wage, geschieht es aus dem Grunde, daß sie Vollberechtigung hat, als einwandfreie Pressung zu gelten. Viele Fachleute, denen ich meine Methode vorgeführt habe, waren vollständig begeistert von der einfachen Sache. Wer sich mit diesem neuen Verfahren vertraut machen will, wird sicherlich einen eminenten Nutzen daraus ziehen.

Ed. Dueseleit, Hagen i. W., Totenhofsweg 2.

Internationales.

Warnung. Das internationale Buchbindersekretariat in Bern warnt die Kollegschaft vor Zuzug nach Rumänien. Da große Arbeitslosigkeit herrscht, ist jede Annahme von Arbeit nach diesem Lande zu unterlassen; speziell zu meiden ist die Firma Franz Nenzil, Sibiu (Hermannstadt).

Oesterreich. Nach sehr langwierigen Verhandlungen ist es unserer österreichischen Bruderorganisation gelungen, sowohl für die Kartonnagenindustrie wie für die Papierkonfektion einen neuen Tarif durch freie Vereinbarung abzuschließen. Die Gültigkeitsdauer ist bis zum 30. Juni 1925 festgesetzt worden. Die Spitzenlöhne betragen nunmehr ab 30. Juni für qualifizierte Arbeiter 415 000 Kronen, für Hilfsarbeiter über 18 Jahre 335 000 und für Arbeiterinnen über 17 Jahre 225 000 Kronen pro Stunde. Für das Buchbinderepersonal in Buch- und Steindruckereien sind die Spitzenlöhne 450 727 Kronen für Gehilfen, 301 289 Kronen für Hilfsarbeiter und 143 708 Kronen für Arbeiterinnen.

Schweiz. Anlässlich des vorjährigen Internationalen Sozialistenkongresses in Hamburg wurde von den Vertretern Italiens wie der anderen Länder nachdrücklich darauf hingewiesen, daß der Sieg des deutschen Proletariats auch den Sieg der internationalen Arbeiterschaft bedeute und jeder Rückschlag der deutschen Arbeiterschaft auch nachteilige Folgen für die Arbeiterschaft der übrigen Länder habe. Wer aufmerksam die internationalen Geschehnisse betrachtet, wird diesen Hinweis vielfach bestätigt finden. Das zeigt sich unter anderem auch jetzt wieder nach dem Abbau der sozialen Fürsorge in Deutschland.

So hat der Schweizer Bundesrat die durch Beschluß vom 5. August 1918 eingeführte Arbeitslosenfürsorge mit dem 1. Juli 1924 wieder für aufgehoben erklärt.

Das Bundeskomitee des Schweizer Gewerkschaftsbundes erhebt in einem Aufruf schärfsten Protest dagegen und appelliert insbesondere an die unorganisierte Arbeiterschaft, durch restlosen Anschluß deren Kraft zum Widerstande zu stärken.

Es gereicht der freien Schweiz sicherlich nicht zur Ehr. in dem Wettstreit um die Rechtslosmachung der Arbeiterschaft Deutschland den Rang ablaufen zu wollen. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft die nötige Lehre daraus.

Die gleitende Lohnskala in Belgien. In der Holzindustrie Belgiens ist man im Januar zu einem Tarifabkommen gelangt, das für keine Kalenderzeitdauer gilt, sondern dessen Dauer von den Indexschwankungen abhängt. Die Löhne werden nach dem Steigen des Teuerungsindex automatisch geregelt. Die wesentlichsten Bestimmungen lauten:

Dauer des Abkommens. Die gegenwärtige Vereinbarung ist nicht auf ein bestimmtes Datum beschränkt und gilt für die Punkte zwischen 380 und 499 vom durchschnittlichen Index für Belgien. Wenn der Index eine der Ziffern 379 oder 500 erreicht, so versammelt sich die Kommission, um die Möglichkeit einer neuen Vereinbarung oder die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen zu prüfen. Diese gilt ohne Verzug oder vorherige Kündigung als erloschen, wenn sich die Parteien nicht auf die weitere Aufrechterhaltung einigen.

Mindestlöhne. Die Mindestgrundlöhne für gelernte Arbeiter werden regionsweise auf Grund der, als Anhang der Vereinbarung beigefügten allgemeinen Lohnabelle festgesetzt.

Lohnschwankungen. Für Lohnschwankungen gilt das Verhältnis von 5 Proz. für einen Abschnitt von 20 Punkten des Index; sie werden nach dem Grundlohn der Indexziffer 400 errechnet.

Löhne, die über die Indexziffer hinausgehen, werden von den Schwankungen nicht berührt.

Beispiel: Brüsseler Kreisindex 400: 3,15 Fr.

Index	Löhne
380 bis 419	3,15 Fr.
420 bis 439	3,30 ..
440 bis 459	3,45 ..
460 bis 479	3,60 ..
480 bis 499	3,75 ..

Bald nach Inkrafttreten des Abkommens stieg der Index auf 500 und am 15. März sogar auf 510. Doch gelang die weitere Einigung auf derselben Grundlage ohne Schwierigkeit.

Die in der obigen Tabelle vorgesehenen Löhne wurden für die Zeit vom 15. April bis 15. Juni um 25 Proz. erhöht. In dem diesbezüglichen Bericht

des Verbandes wird anerkennend hervorgehoben, daß die Löhne der Holzarbeiter dank der Schmiegsamkeit der kontraktlichen Bestimmungen ihre Kaufkraft behalten haben, die andernfalls durch die Teuerungswege der letzten Monate schwer beeinträchtigt worden wäre. Die Holzarbeiterlöhne gehören mit zu den höchsten, die in der belgischen Industrie gezahlt werden.

Frankreich. In der letzte Woche abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrates des Französischen Gewerkschaftsbundes wurde u. a. eine Kommission zum Studium der Frage der Verbreitung von Propagandareden vermittels Radio eingesetzt. Ferner stimmte der Verwaltungsrat einem Vorschlag betr. die Organisation einer Exkursionswoche nach Saint-Claude zu, dessen Arbeiterwohlfahrtsseinrichtungen ganz besonders gut ausgebaut sind. Diesem Projekt kommt ganz besondere Bedeutung zu, weil es sich dabei um eine Art Sommerschule handeln würde und in Frankreich wegen der seit dem Krieg bestehenden ungünstigen Verhältnisse auf diesem Gebiete noch sehr wenig geleistet werden konnte.

Für oder gegen Unterstützungseinrichtungen?

Die Ausführungen des Kollegen Böttner-Dresden laufen letzten Endes auf diese Parole hinaus. Es ist ja ein altes, veltumstrittenes Problem, ob die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen als Werbemittel dienen und verwandt werden sollen oder nicht. Wenn aber Kollege Böttner sagt: „Alle diejenigen, die unserem Verband der Unterstützung halber beitreten, mögen uns vom Halse bleiben“, so zwingt mich das doch zu einer kurzen Erwiderung. So wegwerfend sollte man doch nicht über alle diejenigen den Stab brechen und sie von uns weisen, die nur der Unterstützung wegen unsere Mitglieder werden. Ich bin vor circa 30 Jahren auch nur der Unterstützung wegen Mitglied geworden, und ich darf wohl sagen, daß nicht der schlechteste Gewerkschafter aus mir geworden ist. Bald nach diesem aus egoistischen Motiven erfolgten Eintritt lernte ich auf meiner mehrjährigen „Waise“ die segensreichen Wirkungen der Heiße- und Arbeitslosenunterstützung besonders hoch schätzen. Im Ausland wurden mir durch die gleiche Unterstützung die Anfangsgründe zum internationalen Denken und Handeln eingeprägt. Heirats- und Arbeitsnachweisesuchen haben dann noch ein übriges getan, um mich fester an den Verband zu fesseln. Aber gerade weil ich diese Segnungen der Organisation so nachdrücklich am eigenen Leibe durchgeföhrt hatte, war ich bald überzeugter Gewerkschafter. Mit Feuer und Flamme war ich bei der Sache und bin in allen Abständen, die ich freiste, sofort mit Feuerreisen für die Organisation eingetreten und tätig gewesen. Durch die weitere ausläurende Tätigkeit der Organisation wurde ich allmählich auch zum Sozialismus gebracht und bin jetzt überzeugter Anhänger desselben.

Ich darf daher wohl Kollegen Böttner wie viele andere Kollegen, die mit ihm gleichen Sinnes sind, bei dieser Gelegenheit bitten, nicht immer so wegwerfend von jenen zu sprechen, die in ihrer Unerfahrenheit aus rein egoistischen Motiven zu uns kommen. Aus welchen Gründen jeder zu uns kommt, fragen wir nicht und ist uns gleich. Sie sind uns in jedem Fall willkommen. Daß sie dann tüchtige Gewerkschafter werden, ist unsere Sache und Aufgabe. Ich sehe daher voll und ganz zum Ausbau der Unterstützungseinrichtungen. Denn ich bin der festen Überzeugung, daß sie nicht zur Verumpfung führen, sondern geeignet sind, in allen Bedrängnissen des Lebens uns einen Rückhalt zu geben; uns in der Not und Schwäche zu schützen und so das Vertrauen zu uns selbst und zu der Macht der Organisation zu stärken. Wichtig ist wohl, daß wir bei einer Preisgabe aller Unterstützungseinrichtungen mit 10 bis 20 Pf. geringeren Beiträgen auskommen können. Ein solcher Schritt würde uns jedoch zweifellos sehr schädigen. Also lieber die durchaus notwendige geringe Beitragserhöhung, als Behaltend der alten Beitragsätze unter Aufgabe des alten Prinzips.

Paulus.

Die deutsche Gewerkschaftsbank.

Am 31. Mai fand die erste Generalversammlung der Deutschen Kapitalverwertungs-G. m. b. H. statt. Die erste Generalversammlung war gleichzeitig ihre letzte: In ihr erfolgte die Gründung der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten-N. G. mit einem voll eingezahlten Kapital von 750 000 Mark.

Die Deutsche Kapitalverwertungs-Gesellschaft ist die Begründerin der neugegründeten Aktienbank der deutschen Arbeitnehmers. Ihre Gesellschafter waren die über große Mehrzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem A. N. Bund angeschlossenen Zentralverbände. Sie entstand aus dem Gedanken heraus, daß

es zweckmäßig sei, die Gewerkschaften von der finanziellen Bindung an die Privatbanken freizumachen, denen man bisher die Mittel der Gewerkschaften anvertraut hatte. Man fand es richtiger, die Differenz zwischen Zoll- und Spandjensen, die bisher die Gewinne der Privatbanken vermehrt hätten, einem eigenen Institut zuzuführen und die Anlage der Gewerkschaftsgebäude von diesem eigenen Institut vornehmen zu lassen, also dem privatkapitalistischen Erntefeld zu entziehen.

An der Gründung der Bank sind alle dem ADBB angeschlossenen und die Mehrzahl der dem AFA-Bund angeschlossenen Organisationen sowie der Allgemeine Deutsche Beamten-Bund mit einigen seiner Verbände beteiligt. Es kommt darauf an, daß alle freigewerkschaftlichen Verbände ohne Ausnahme ihre Mittel der neuen Bank zur Verfügung stellen. In je vollkommenerer Maße das geschieht, um so mehr wird die Finanzkraft der gesamten Arbeiterbewegung und jedes einzelnen Verbandes gestärkt.

Berichte.

Hannover. In einer überfüllten außerordentlichen Mitgliederversammlung sprach am 17. Juli der Kollege Kornader über: „Der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Buchbindergewerbe“. Ausgehend von der Schaffung des ersten Reichstarfs im Jahre 1920 schilderte Kornader die Kämpfe, die sich in zahlreichen Verhandlungen abspielten, um zu einer den Lebensnotwendigkeiten der Kollegenchaft genügenden Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen. Das ansfangs große Interesse der Arbeitgeber, das den Abschluß eines einseitigen Reichstarfs ermöglichte, machte bald wieder einer weitgehenden Zersplitterung im Arbeitgeberlager Platz, wodurch die Tarifverhandlungen außerordentlich erschwert und schließlich der einheitliche Reichstarrif wieder zerrissen wurde. Auf die für unser Gewerbe in Frage kommenden Arbeitgeberverbände färbt die wachsende reaktionäre Einstellung der großen zentralen Arbeitgeberverbände immer mehr ab. Dies zeigte sich besonders bei den letzten Reichsmantel-tarifverhandlungen für das Buchbindergewerbe. Die schwindende tauffähige Arbeitszeit, weitere Verschlechterung der Lohnspannung, Abbau der Ferien- und Feiertagsbezahlung, Einführung einer Streik Klausel, waren die Forderungen der Arbeitgeber. Innerselbst wurde mit allem Nachdruck die Wiederherstellung der Lohnspannung von 1923 vertreten, die uns bei Umstellung der Papiermarkt- in Goldmarktlöhne durch Schiedspruch des den Unternehmenswünschen nur zu gefügigen Reichsarbeitsministeriums verschlechtert wurde. Ebenso wurde mit aller Energie um die fälligen Streitpunkte gekämpft. Die ergebnislosen Verhandlungen fanden schließlich vor dem Reichsarbeitsministerium in Berlin ihre Fortsetzung, das wiederum einen den Wünschen der Unternehmer entsprechenden Schiedspruch fällte, der von uns abgelehnt wurde. Wenn jetzt in letzter Stunde der Verbandsvorstand einer kurzfristigen Verlängerung des Manteltarifs bis zum 1. Oktober und des Lohntarifs bis 13. August zustimmt, so bedeutet dieses nur eine Hinausschiebung des bei der Einstellung der Arbeitgeber unvermeidlichen Stampedes. Die Kampfstrategie der Organisation zu schließen und zu rufen für die kommenden Ereignisse, sei jetzt die wichtigste Aufgabe aller Mitglieder.

In lebhafter Aussprache unterrichten eine große Anzahl Kollegen die Worte Kornaders und forderten die Mitglieder auf, alles zu tun, um die Kampfstrategie der Organisation zu fördern.

Nachfolgende Entschließung fand die einstimmige Zustimmung der Versammlung:

„Die am 17. Juli in Hannover tagende außerordentliche Mitgliederversammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem durch mangelndes Entgegenkommen der Arbeitgeber verursachten Scheitern der Reichstarrifverhandlungen. Die Buchbinderarbeiterchaft Hannovers steht in dem Verhalten der Arbeitgeber den Versuch, die Buchbinderarbeiterchaft dauernd auf der niedrigsten Stufe der Entlohnung in graphischen Gewerbe zu halten. Die Arbeiterchaft weiß diesen Versuch mit aller Entschiedenheit zurück und beansprucht, daß ihr die gleiche, ihrer Bedeutung im Produktionsprozess des graphischen Gewerbes entsprechende Werthschätzung zuteil wird, die man den übrigen Berufen des graphischen Gewerbes zuerkennet.“

Die Buchbinderarbeiterchaft Hannovers fordert mit aller Entschiedenheit, daß die von den Arbeitgebern Hannovers so oft in Aussicht gestellte Angleichung ihrer Löhne an die Löhne der übrigen Arbeiterchaft des graphischen Gewerbes endlich herbeigeführt wird.

Mit außerordentlichem Bedauern nimmt die Versammlung zur Kenntnis, daß der Verbandsvorstand in letzter Stunde auf eine kurzfristige Verlängerung des Mantel- und Lohntarifs eingegangen ist. Die Versammlung verkennt nicht die Schwerefolgen, die den Verbandsvorstand letzten Endes dazu bezogen haben, ersart demgegenüber aber, daß sie unter den gegebenen Umständen eine tariflose Zeit einer lan-

geren Bindung durch die untragbar gewordenen Bestimmungen des Reichstarrifs vorgezogen haben würde.

Für die kommenden Mantel- und Lohn-tarifverhandlungen fordert die Versammlung vom Verbandsvorstand und Tarifausschuß, daß einer neuen reichstarriflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur dann zugestimmt wird, wenn die berechtigten Wünsche der Buchbinderarbeiterchaft erfüllt werden.“

Aus anderen Gewerkschaften.

Die Schiedsprüche des Reichsarbeitsministeriums in neuerer Zeit wachsen sich immer mehr zu einer Gefahr für die Allgemeinheit und insbesondere der Arbeiterchaft aus. Es scheint, als ob man dort weniger von objektiven Gesichtspunkten als von Konjunkturmühen sich leiten läßt. Dabei passiert es immer häufiger, daß die dort gefällten Schiedsprüche von der Arbeiterchaft abgelehnt werden mußten. Jetzt hat wieder der Verbandsrat der Gemeinde- und Staatsarbeiter in seiner Sitzung vom 9. Juli 1924 nach dem Vorschlage der Reichstarrifkommission einstimmig beschlossen, den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 1. Juli 1924 abzulehnen. Aus der Begründung hierfür ist hervorzuheben, daß neben der Arbeitseinstellung besonders die sozialen Einrichtungen der Gemeindefacharbeiter seit Jahrzehnten durch Gemeindebeschlüsse, nach dem Kriege durch Tarifabschlüsse, als vorbildlich für die Privatindustrie und auch die Reichs- und Staatsbetriebe anzusehen waren. Diese vorbildlichen Einrichtungen sind, besonders was die Arbeitszeit, Gewährung von Sommerurlaub und Krankenlohn betrifft, durch den Schiedspruch bergehakt abgeändert, daß zurzeit andere Arbeitnehmergruppen bedeutend günstigere Regelungen aufzuweisen haben.

Auch die im Schiedspruch vorgeschlagene außerordentlich weitgehende Herabsetzung der bisherigen Zuschläge für die besonders von den Beschäftigten der Verbandsrat zu leistende Sonntagsarbeit sowie für Arbeit an den Wochenfeiertagen wird als völlig untragbar bezeichnet.

Einen scharfen Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Mißwirtschaft hat der Verband der Bergarbeiter gegenwärtig zu führen. Denn die Betriebsunfälle im Ruhrbergbau und in der dortigen Metallindustrie sind seit Aufgabe des passiven Widerstandes in solch erschreckender Weise gestiegen, daß sie sich vervierfachen haben, so daß in den letzten 8 Monaten mindestens 30.000 Unfälle sich ereigneten. Ebenso nimmt die kapitalistische Mißwirtschaft in der Kaliindustrie das ganze Interesse des Verbandes in Anspruch, da die Belegschaft dieser Industrie seit 1920 bis jetzt um 34.000 oder 56 Proz. sich vermindert hat. Aus privatkapitalistischem Interesse wird die halbe Industrie stillgelegt, während auf der anderen Seite die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und ihre Produktionssteigerung im wesentlichen von der Beschaffung billiger Düngemittel abhängt.

Unter starken Einwirkungen der Wirtschaftskrisis hat auch der Zertilarbeiterverband zu leiden, der unter den 355.000 Mitgliedern zwar nur 4,3 Proz. völlig arbeitslos, aber serner 31 Proz. teilweise arbeitslos, also 40,3 Arbeiter, hatte.

In einem scharfen Artikel wendet er sich gegen das gewerkschaftsschädigende Wirken der IAB. (Internationale Arbeiter-Hilfe), die in Bremen einen wilden Streik inszeniert und die Leitung desselben übernommen hat. Kennzeichnend dabei ist, daß die Wortführer in den Streikverhandlungen Unorganisierte sind. Wie wenig geschult muß die Arbeiterchaft sein, die solchen Phrasentoren sich anvertraut.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat eine umfassende Verhandlung eingeleitet, die mit einem Referat des Verbandsvorstehenden Vreh vor den Berliner Verbandsfunktionären eröffnet worden ist. Diese Berliner Versammlung nahm einen sehr guten Verlauf und machte sich in einer angenommenen Resolution die Ausführungen des Redners zu eigen.

Der Zentralverband der Angestellten hat seinen zweiten Verbandstag in Kassel abgehalten, der in der derzeitigen Verhandlung ein gewaltiges Stück Arbeit erzielte. Das Beitrags- und Unterhaltungswesen wurde vollständig neu geregelt und die Monatsbeiträge in 6 Klassen von 1-4 M. bei einem Einkommen von 50 bis 200 M. festgelegt. Die Stellenlosenunterstützung wurde in diesen sechs Stufen auf 0,40 bis 1,60 M., die Krankenunterstützung auf 0,20 bis 0,80 M. bemessen. Das Sterbegeld schwankt in der höchsten Beitragsklasse zwischen 75 und 150 M., die Streikunterstützung von 1,50 bis 3,25 M. pro Tag. Außerdem wurden zu der besonders bescheidenen Invalidenklasse die Beiträge je nach dem Alter der Mitglieder auf 1,50, 2 und 2,50 M. festgelegt und die jährliche Invalidenunterstützung in 11 Klassen von 150 M. nach 5 Jahren bis 250 M. nach 25 Jahren bemessen.

Zu dem Austritt einiger Mitglieder in Berlin, die dort eine Freie Angestellten-Gewerkschaft gebildet und jetzt um Wiederanschluß an unseren BDA nachgesucht haben, wurde beschlossen:

„Wer sich an Abspaltungsbemühungen beteiligt, stellt sich damit selbst außerhalb der Reihen des Zentralverbandes. Der Rückkehr der an der Leitung oder Vorbereitung nicht aktiv beteiligt gewesenen Angehörigen solcher Organisationserspaltung steht nichts im Wege.“

Gegen das verbandsschädigende Treiben der Kommunisten verlangt der Verbandsrat fast einstimmig die schärfste Anwendung des Statuts und legte u. a. in einer darüber hinausgehenden Resolution fest:

„Nachdem die Kommunistische Partei viele Mitglieder angeworben hat, die Reserve ihrer Treue und Glauben zu unterzeichnen, beschließt der Verbandstag, daß Mitglieder der kommunistischen Partei und solche, die in diesem Sinne im Verbandsrat tätig sind, nicht Verbandsfunktionäre sein können.“

Literarisches.

„Die Arbeit“, das vom ADBB herausgegebene populärwissenschaftliche Organ für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde bringt in seinem ersten, Ende Juli erscheinenden Heft folgende Aufsätze: Volgar Erdmann „Der Weg der Gewerkschaften“, Fritz Tarnow „Verhandlungen im Tarifvertragswesen“, Prof. Dr. Fritz Prentana „Die deutschen Gewerkschaften nach dem verfallenen Rätebündnis“, Theodor Leipart „Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“, Carl Hennicke „Die Kulturbeziehung des Achtstundentages“, Franz Spilcat „Der Ausbau des Arbeitslosenbüros“, Martin Wagner „Gemeinwirtschaftspolitik“.

In der „Rundschau der Arbeit“ berichten: Franz Spilcat über „Lohn- und Tariffragen“, Fritz Schröder über „Die Entwicklung der Angestelltenbewegung“, Th. Kopay über „Beamtenprobleme“, F. Tarnow über „Organisationsfragen im BDB“, Gertrud Hanna über „Arbeiterinnen in der gewerkschaftlichen Internationalen“, Theodor Thomas über „Gewerkschaften und Bildung“ und Paul Ufermann über die „Kartellverordnung und ihre Wirkungen“.

Der Abonnementpreis der „Arbeit“ beträgt vierteljährlich 3 M., für Organisationsmitglieder 2,10 M. Der Preis des einzelnen Heftes ist 1 M., für Organisationsmitglieder 0,80 M.

Die Zeitschrift ist durch alle Postämter und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag zu beziehen.

Arbeiterkammer Bremen. Bremen ist die erste und einzige Stadt Deutschlands, die bisher eine Arbeiterkammer errichtet hat. Es ist daher verständlich, wenn sich dieser Institution ein ganz besonderes Interesse in Arbeiterkreisen zuwendet. Wer sich über die umfangreiche und arbeiterfreundliche Tätigkeit dieser Kammer näher informieren will, dem sei das Studium des jetzt erschienenen reichhaltigen Jahresberichtes angelegentlich empfohlen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind im Laufe der Woche an alle Kassierer der Gaue und Zahlstellen versandt worden. Die spätestens am 3. August portofrei an uns einzuliefernden sind.

Die Zahlstellen vom Gau Sachsen haben sämtlich entsprechend der Mitteilung ihres Gauverbandes je 2 Karten erhalten, von denen die eine an uns, die andere an den Gauverband einzuliefernden ist.

2. Das Mitglied Hermann Kamrath, geb. 26. Juli 1881 in Steffin, Mitgliedsnummer 152 806, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Altenburg i. Th. gegenüber zu erfüllen. Die Ortsverwaltungen werden gebeten, an den Bevollmächtigten in Altenburg i. Th. Mitteilung zu machen, wenn Kamrath sich irgendwo meldet.

Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 22. Juli bei der Verbandskasse ein von: Biber 380,- M., - Niedersachen 1318,- M., Osterfeld 92,50 M., - Sagen i. W. 100,90 M., Lützenheim 34,25 M., Mühlheim-Ruhr - Markt, - Bonn 150,- M., Düren 170,50 M., R. Stadbach 84,60 M., - Altenburg 264,- M., Gera 60,- M., Markt, Grätzthal 65,20 M., Jümenau 181,10 M., Markt bei Koburg - M., Saalfeld 129,85 M., - Grimma 1 298,01 M., Hainichen 28,05 M., Leipzig 17 167,05 M., Weichen 92,35 M., Triffenensdorf 357,10 M., - Heilbronn 1633,55 M., Stuttgart 2821,10 M., Ulm 350,- M.

Adressenänderungen.

B. - Bevollmächtigter. K. - Kassierer.
Gera. B. u. K.: A. Nuppe, Ostftr. 16.
Altenburg. B. u. K.: M. Birghan, Friedrichstr. 31V bei Road.
K.: H. Schlegel, Grypsstr. 16.

Der Verbandsvorstand.